

IFF e.V., Burchardstraße 22, D-20095 Hamburg

Finanzdienstleistungsreferate der
Verbraucherzentralen
Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen,
Hamburg, Hessen, Mecklenburg-
Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-
Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen,
Arbeitsgemeinschaft der
Verbraucherverbände, Stiftung Warentest,
Redaktion FINANZtest

22. Juli 1998

IFF-Leistungen im Rahmen des Service-Vertrages

Infobrief 38/98

FIS Money Advice - Aktuelle Themen in der neuen Version

Mit diesem Infobrief wollen wir Sie über neue Themen informieren, die im Juni/Juli die Szene beherrschten und von uns auch unter den entsprechenden Stichworten in [FIS Money Advice](#) (bei "Fakten") gespeichert sind.

Streit Sparkassen vs. private Geschäftsbanken / Eu-Kommission

Die deutschen Sparkassen und die privaten Geschäftsbanken führen seit der Entscheidung der privaten Banken, gegen die Form der Eigenkapitalbeschaffung der Landesbanken (Eingliederung der jeweiligen Länder-Wohnungabuförderungsanstalten) zu klagen, und seit der Einführung der kostenlosen Girokonten durch die Geschäftsbanken (BfG/Direktbanken) einen erbitterten Streit.

Die Folgen sind u.a., daß die Kunden von bestimmten Direktbanken (Bank24 u.a.) an einigen Geldautomaten von Sparkassen gar kein Geld (Köln /Brandenburg) bekommen bzw. mit übermäßigen Gebühren belastet werden. Die Antwort der privaten Banken darauf war die Schaffung der Cash-Group, ein Verbund der großen Geschäftsbanken (Deutsche, Dresdner, Commerz- und Vereinsbank und deren Töchter), der es den Kunden dieser Banken erlaubt, bei den Kreditinstituten dieses Verbundes gebührenfrei Geld am Automaten abzuheben.

Die EU-Kommission prüft, ob das Haftungsprinzip der Sparkassen (Gewährträgerhaftung /die jeweilige Gemeinde haftet) nicht eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung darstellt. Auch hier haben die Geschäftsbanken mit einem entsprechenden Gutachten gegen das jetzige Haftungsprinzip der Sparkassen Stellung bezogen. Mittlerweile

liegen auch kritische Stimmen aus anderen EU-Ländern zu diesem Haftungsprinzip vor.

Sparkassen, R+V-Banken: Fusionen/Schieflagen/Gewinne

Nicht nur in der Schweiz oder den USA kommt es zu immer größeren Fusionen in der Kreditwirtschaft. Nach der deutschen Mega-Fusion zwischen den beiden bayerischen Banken (Hypo- und Vereinsbank) findet der Prozeß hierzulande hauptsächlich auf regionaler Ebene, bei den öffentlich-rechtlichen bzw. den genossenschaftlich organisierten Kreditinstituten statt. Als besonders bedeutend seien hier die Fusion im Sparkassenbereich von Baden-Württemberg (Südwest LB + Landesgirokasse Stuttgart + BW Bank AG) und im norddeutschen Raum (NordLB / Berliner Bankgesellschaft , 4. größtes Instituts Deutschlands) sowie die Fusion der R+V-Banken (Grundkreditbank e.G. + Köpenicker Volksbank; zweitgrößtes Institut der Gruppe) in Berlin hervorzuheben.

In den neuen Bundesländern kommt es aufgrund der angespannten konjunkturellen Lage und den krisenhaften Erscheinungen auf dem dortigen Immobilienmarkt zu Schieflagen vornehmlich von Sparkassen und R+V-Banken . Die Liquiditätsprobleme dieser Kreditinstitute wurden über die entsprechenden Sicherungssysteme der jeweiligen Institutsgruppen reguliert. Inzwischen interessiert sich auch das Bundesamt für das Kreditwesen für diese Institute.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz überlegt, ob sie nicht per Gesetz Sparkassen zwingen sollten, Gewinne auszuschütten, indem sie die Rücklagen der Sparkassen in mit Ausschüttungen zu bedienendes Stammkapital umwandeln läßt.

NS-Zeit/Kreditinstitute, Versicherungen

Nachdem bereits gegen die führenden Schweizer Banken Klage geführt wird wegen der sogenannten "Namenlosen Konten" sowie den Verschiebungen der Goldreserven der ehemaligen deutschen Reichsbank und den daraus resultieren Vermögens- und Schadensersatzforderungen, wollen nun auch die entsprechenden jüdischen Organisationen Schadensersatzleistungen von den beiden großen deutschen Banken - Deutsche Bank AG und Dresdner Bank AG - erstreiten. Darüber hinaus werden auch Ansprüche gegen die deutschen Versicherungsunternehmen (Allianz) erhoben – wegen nicht erbrachter Versicherungsleistungen an jüdische Versicherungsnehmer.

Kreditinstitute: Umstellung der EDV auf Euro und "2000"-Problem

Die BIZ (Bank für den internationalen Zahlungsverkehr/"Die Bank der Zentralbanken") sieht die größte Herausforderung für die Kreditwirtschaft nicht in der Lösung der Asienkrise, dem Problem mit den Derivaten (vgl. Barings-Zusammenbruch), sondern in der Umstellung und Anpassung der bestehenden EDV-System der einzelnen Kreditinstitute auf den Euro und den Jahrtausendwechsel. Hier insbesondere liegt nach Meinung der BIZ ein riesiges Gefahrenpotential, weil sich in vielen Fällen die vorhandene Software gar nicht anpassen läßt.

Versicherungsunternehmen

Die Versicherungsunternehmen sind vom Gesetzgeber gezwungen worden, ihre stillen Reserven offenzulegen. Für den normalen Versicherungsnehmer hat das keine besondere Bedeutung - außer bei den Lebensversicherungsunternehmen, denn dort kann durch einen Blick auf die stillen Reserven eine Abschätzung über die Renditeversprechen der jeweiligen Unternehmen erfolgen.

BfG Bank

Die ehemalige Gewerkschaftsbank BfG Bank AG, die heute zur Gruppe Crèdit Lyonnais (CL) gehört, wird wohl im Zuge der Sanierung und Privatisierung des CL verkauft. Der Verkauf ist eine Auflage der EU-Kommisison, die die staatlichen Subventionen für die Bank durch die französische Regierung zu genehmigen hatte.

Kapitalanlage/geschlossene Investmentfonds

Mit der Einschränkung von Steuervorteilen bei Beteiligungen an Schiffsfonds (geschlossene Investmentfonds) und dem Absinken der Charterraten gerät diese Spielart der Steuervermeidung immer mehr zu einer doch recht spekulativen Kapitalanlage. In den neuen Bundesländern wird es, aufgrund der schwachen Konjunktur und den sinkenden Immobilien- und Mietpreisen für eine ganze Reihe von Anlegern von geschlossenen Immobilienfonds zu Verlusten kommen. Die Hamburger Börse versucht derzeit, einen Zweitmarkt für Anteile an geschlossenen Investmentfonds aufzubauen. Damit soll das größte Problem dieser Anlageform, die mangelhafte Wiederveräußerbarkeit von Anteilen, gelöst werden. Die Aussichten für das neue Handelssegment werden jedoch überwiegend zurückhaltend gesehen.

IFF-Themen

Unternehmensfinanzierung

Zur Zeit scheint jeder, der irgendein Unternehmen besitzt, das auch nur im entferntesten mit modernen Technologien in Zusammenhang zu bringen ist, zu versuchen, die Firma an den Neuen Markt zu bringen. Die Größe des Unternehmens spielt dabei eine eher untergeordnete Rolle. Inzwischen überlegen aber auch, wie Umfragen belegen, viele Nicht-High-tech-Gesellschaften, ob sie ihr Unternehmen an die Börse bringen sollten. Die Chancen, sich über einen Börsengang liquide Mittel zu beschaffen, sind angesichts des hohen Kursniveaus im Moment recht günstig. Einem solchen going public stehen jedoch die nicht unerheblichen Publikationspflichten einer Aktiengesellschaft abschreckend gegenüber.

Im Bereich der Existenzgründung erlebt die Finanzierungsform venture capital (Wagniskapital) ein enormen Aufschwung. Noch nie wurde soviel Geld in Beteiligungsgesellschaften für venture catial (Wagniskapital-Fonds) gesteckt wie in den letzten Monaten. Dazu gibt es auf seiten der Länder (z.B. Hessen) verstärkte Anstrengungen, über eigene Institute Unternehmensgründungen in diesem Segment zu fördern.

Baufinanzierung

Die Hypothekenzinsen befinden sich auf einmalig niedrigem Niveau. Dazu kommen in den letzten drei Jahren fast kontinuierlich gefallene Immobilienpreise, so daß es überall heißt: Kaufen, Kaufen, Kaufen. Jedes Wirtschaftsmagazin bietet Kommentare und/oder Berechnungen zum Thema Vorfälligkeitsentschädigung an. Seit der steuer-

lichen Bevorzugung (1996) boomt die Sparte Bausparen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen indes stieg seit Jahren kontinuierlich an und liegt auf Rekordniveau.

Altersvorsorge

Bei der Altersvorsorge liegt der Medien-Schwerpunkt z.Z. auf dem Gebiet der betrieblichen Variante. Viele mittlere Unternehmen, die in der Vergangenheit betriebliche Ruhestands-Leistungen für ihre Mitarbeiter vorgesehen hatten, überlegen, ob sie diese ganz streichen oder die Mitarbeiter an den Aufwendungen stärker beteiligen sollten und welche kosten- bzw. steueroptimierten Alternativen vorhanden oder vom Gesetzgeber zu schaffen sind. Bei der EU-Kommission gibt es Bestrebungen, im Rahmen einer einheitlichen Struktur der betrieblichen Altersvorsorge in Europa die Stellung der Pensionsfonds (eine Form von Investmentfonds) zu verstärken. Diese Ausrichtung ruft besonders bei den Versicherungsunternehmen starke Kritik hervor, da sie deren Kerngeschäft ins Mark treffen würde.

Alle warten auf die neuen Investmentfonds: "Altersvorsorge – Sondervermögen" (sollen dann endlich im August auf dem Markt sein). Dabei sind diese "speziellen" Altersvorsorgeprodukte nichts anderes als gewöhnliche Investmentfonds mit einer kleinen Neuerung: Diese Fonds dürfen sowohl in Aktien, in Immobilien als auch in Renten investiert sein. Alles andere, was diese Fonds machen, gibt es nämlich bereits auf dem Markt.